



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Unser Verband im Jahre 1910. — Reichsversicherungs-Ordnung. (I.) — Feuilleton: Die Galvanoplastik. — Unsere Wirtschaftspolitik und die Interessen der Industrie. (I.) — Die gewerkschaftliche Internationale im Jahre 1909. — Verjammlungsstatenber. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeigen.

Beilage: Die deutschen Gewerkschafts-kartelle im Jahre 1910. (III.) — Die deutsche Druckbilder-Ausfuhr von 1884 bis 1910. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 18. bis 24. Juni 1911
ist die Beitragsmarke in das mit 25 bezeich-
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Unser Verband im Jahre 1910.

Wie alle seine Vorgänger, so hatte auch der 5. Verbandstag in Bremen mit seinen, die Aenderung des Statuts betreffenden Beschlüssen ein ziemliches Quantum Arbeit für die Verbandsfunktionäre im Gefolge. Daß natürlich die Hauptverwaltung davon den Löwenanteil für sich reklamierte, soll ihr nicht ohne weiteres als Unbescheidenheit angerechnet werden, um so weniger, als man sich im Mitgliederkreise schon längst an die Tatsache, daß alles Gute kommt von „Oben“, gewöhnt hat. Und wenn in Folge der zu bewältigenden Reorganisationsarbeit der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1910 mit einer kleinen Verspätung gegen die Vorjahre erschien, so wird diese Verspätung verstanden werden, umfomehr, als der Bericht nur wieder „Gutes“ zu registrieren weiß. Es fragt sich dabei, ob diese Erscheinung sich regelmäßig nach jeder Tagung unseres Verbandsparlamentes wiederholen wird, ob alle drei Jahre das Statut von Anfang bis zu Ende Kopf gefeilt wird und dadurch die Verbandsfunktionäre, besonders die armen Kassenmenschen in den Uebergangs- und Einführungsperioden immer ein mehr oder minder nervenzerrütendes Martyrium durchkosten müssen. Gewiß drängt in einer Interessengemeinschaft, wie unser Verband sie darstellt, alles nach Ausbau und Entwicklung und es soll auch nicht bezweifelt werden, daß die Beschlüsse aller unserer Tagungen diesem Drängen entsprechen sind und ihm auch Rechnung getragen haben; aber, ob nicht auch einmal eine Zeit Not tate, in der ein gewisser Stillstand in den fortgesetzten inneren Umwälzungen, die gestreute Saat voll und ganz zum reifen bringen könnte? Wir wollen durchaus nicht einem Zustande der Stagnation das Wort reden und sind auch jederzeit damit einverstanden, wenn überlebte oder sich als unzutraglich erweisende Einrichtungen ausgemerzt oder verbessert werden; wir glauben aber, daß häufig Umwälzungen angestrebt und auch durchgeführt werden, nur ihrer selbst willen und in der Meinung, daß keine Gelegenheiten veräumt werden darf, muß alles nur Greifbare einer gründlichen Unterpfehlung unterworfen werden. Solche Re-meduren verfehen aber der inneren Verwaltungsarbeit in den Organisationen manchen süßbaren Stoß, und nur unter Aufbietung aller Kraft und

Energie sind die Funktionäre dann in der Lage, eine Störung des ganzen Mechanismus zu verhindern. Außer den vorstehenden Gründen kommt noch ein sehr schwerwiegendes Argument gegen solche sich periodisch vollziehende Umwälzungen — die Geldfrage — in Betracht. Der Neudruck von Statuten, Formularen usw. verfringt große Summen, die besser anderen Zwecken nutzbar gemacht werden können. Daher — und darin werden wir von vielen unserer Funktionäre verstanden werden — wollen wir wünschen, daß wir mit den im vorigen Jahre neu geschaffenen grundlegenden Einrichtungen nicht nach drei Jahren schon wieder brechen müssen.

Nach dieser kurzen Abschweifung wollen wir uns dem Bericht zuwenden, der nach praktischen Erwägungen, nicht, wie in früheren Jahren, allen Mitgliedern zugestellt wird, sondern nur den Funktionären und den sich besonders hierfür interessierenden Kollegenkreisen zugänglich sein soll. Dieser Entschluß der Verbandsleitung entsprang hauptsächlich materiellen Motiven. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein großer Teil Kollegen und Kolleginnen eine förmliche Abneigung gegen das Lesen und Studieren von Zahlenmaterial haben und den erhaltenen Bericht unbeachtet beiseite legen. Es ist nicht immer Interesslosigkeit am Verbandsleben, der diese Erscheinung entspringt, aber es fehlt leider vielen die nötige Schulung und teilweise auch die Zeit, um sich in die Materie vertiefen zu können und aus den mit vieler Mühe zusammengetragenen statistischen Daten die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Es wäre daher nutzlos vergebliches Geld, würde man, nur um einer Formfrage zu genügen, die nicht unbedeutlichen Druck- und Versandkosten für eine Auflage, die der Gesamtzahl unserer Verbandsmitglieder entspricht, auszuwerfen. Immerhin ist die Auflage so bemessen, daß die interessierten Kreise den Bericht erhalten können. Dem übrigen Teil der Kollegschaft wird ein entsprechendes Referat in den Mitglieder- resp. Vertrauenspersonenversammlungen dieselben, wenn nicht noch bessere Dienste leisten.

Diesem neuen Modus in der Berichterstattung Rechnung tragend, hat der Verbandskassierer im Anschluß an die Abrechnung für das 4. Quartal 1910 in Nr. 19 der „Solidarität“ vom 13. Mai d. J. das zahlenmäßige Ergebnis der Finanzgebarung des Verbandes im Jahre 1910 veröffentlicht. Demnach ist im Berichtsjahre wieder eine erfreuliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Nachdem das Jahr 1909 mit 14 725 Mitgliedern abschloß, können wir am 31. Dezember 1910

15 891 Mitglieder

verzeichnen. Die Zunahme betrug also 1166, darunter 686 weibliche. Die Zahl der am Jahres-schluß vorhandenen weiblichen Mitglieder betrug 9034. Aus der Bewegungstabelle ersehen wir, daß insgesamt 7193 Mitglieder eingetreten sind, und die Zahl der Austritte sich auf 6027 beläuft. Gewiß liegt darin ein Zeichen großer weiblicher Fluktuationsverhältnisse, die sich aber in allen Organisationen mit weiblicher Mitgliedschaft bemerkbar macht. Immerhin können wir aber ein

zwar langsames aber stetiges Abnehmen der Fluktuation konstatieren, das namentlich in den Tarifarten, in denen die gewerblichen Verhältnisse geordnete sind, auffallend zutage tritt. Der Verband hat aber im Verjahre nicht allein an Mitgliedern zugenommen, sondern auch sein Wirkungsbereich ist ein größerer geworden. Es sind sieben Zahlstellen neu gegründet worden, so daß am Jahres-schluß in 67 Orten Zahlstellen vorhanden waren.

Die Gesamteinnahmen betragen
266 093,04 M.

Sie setzen sich zusammen aus 1990,80 M. Einschreibegeldern, 247 202,55 M. Mitgliedsbeiträgen, 7423,48 M. zurückgezahlter Vorkasse, 5107,11 M. Zinsen, Inzerate, Abonnements usw., 3732,10 M. zurückgezahlter Unterstützungen und 637 M. für Verbandsstagsprotokolle.

Den Einnahmen stehen
240 145,98 M.

an Ausgaben gegenüber, die sich in folgenden Zahlen wieder spiegeln:

Arbeitslos waren 4707 Mitglieder mit 70 792 Arbeitslosen, wovon 2484 mit 36 964 Tagen unterstützt wurden. Die Höhe der Arbeitslosunterstützung betrug 51 011,50 M.

Von 6375 Kranken Mitgliedern mit 149 679 Krankentagen wurden 3801 mit 63 122 Tagen unterstützt, wofür 33 024,80 M. an Krankenunterstützung bezahlt wurden. Für Streikunterstützung wurden ausgegeben: 20 405,35 M., für Gemäßregelte 3376,58 M., für Rechts-schutz 498,75 M., für Extrapro-Unterstützung 357,— M., für Wöchnerinnenunterstützung 5040,— M., insgesamt 113 713,98 M. für Unter-stützungen.

Für Agitation sind 5834,13 M. verwendet, davon verbrauchen die Zahlstellen 2211,54 M., die Gane 3520,89 M. und der Verbandsvorstand 101,70 M.

Die Kosten für die „Solidarität“ betragen 22 993,79 M. Darunter für Druck und Expedition 20 178,19 M., für Mitarbeiter 635,60 M. und Gehalt des Redakteurs 2180 M.

Die Verwaltungsausgaben belaufen sich auf 17 340,33 M.; sie setzen sich zusammen aus: 8843,50 M. für Drucksachen, 1400,27 M. für Bureaumiete, Reinigung und Telephon, 2986,97 M. wurden in den Zahlstellen verbraucht, 3030,83 M. sind für Anschaffung von Büreaumöbeln, Utensilien, Schreibmaschinen usw. ausgegeben, 607,25 M. wurden für Stipendien, 471,51 M. für Portis gebraucht.

Die Ausgaben für Gehälter und Remunerationen betragen 42 425,40 M. Davon sind gezahlt an Gauleiter und Zahlstellenangestellte 35 885,68 M., als Remunerationen in Zahlstellen 908,07 M., Gehälter im Hauptbureau 4985,— M., für Aus-hilfe 646,65 M.

Die den Zahlstellen verbuchten Prozente betragen 18 814,95 M.

Kongreß- und Delegationskosten wurden 11 947,85 M. verbraucht; davon 8760,85 M. für den Verbandstag in Bremen.

Die übrigen Ausgaben in Höhe von 7075,55 M. setzen sich zusammen aus Beiträgen an die

Generalkommission, Kartellbeiträgen, Krankentassen- und Versicherungsbeiträgen, Ausgaben bei Lohnbewegungen und für Unterrichtskurse der Generalkommission.

Demnach schloß die Verbandsklasse das Rechnungsjahr 1910 mit einem Ueberschuß von 25 947,06 M. ab. Das Verbandsvermögen betrug am 31. März 1911 143 876,44 M.

Aus den vorstehenden Zahlen, besonders aus den Summen, die für Unterstützungszwecke verausgabt wurden, ist das erprießliche Wirken des Verbandes für seine Mitglieder ersichtlich. Viel Sorge und Not konnte gelindert werden, und vielen Kollegen und Kolleginnen haben die Verbandseinrichtungen Arbeitslosigkeit und Krankheit leichter erträglich gemacht.

Darin sind aber die Aufgaben des Verbandes noch lange nicht erschöpft. Sein Hauptbestreben muß natürlich fortgesetzt auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder gerichtet sein und es ist auch im Jahre 1910 gelungen, auf diesem Gebiete ganz erhebliche Fortschritte zu machen. Als besonders erfolgreich bezeichnet der Bericht die Tarifbewegung in München, bei der es der Latkraft unserer dortigen Mitgliedschaft und besonders dem Geschick der örtlichen Leitung zu verdanken ist, daß der scharfmacherische Einfluß des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer wohl für immer dort gebrochen sein dürfte. Auch an anderen Orten sind mit und ohne Kampf erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt worden, die unseren Mitgliedern erhebliche Verbesserungen gebracht haben.

Nach einer Uebersicht über die Tätigkeit auf tariflichem Gebiet und der Hervorhebung der wichtigsten Beschlüsse schließt der Bericht mit folgendem Appell an die Mitgliedschaft und die Funktionäre:

„Wir stehen vor einer äußerst ersten verantwortungsvollen Zeit. Jeder übereilt gefaßte Beschluß eines Ortes kann der Kollegenschaft Schädigungen bringen. Daher erwarten wir auch bei dieser Gelegenheit von unseren Gau- und Zahlstellenleitern nicht nur strikte Befolgung der Verbandstagsbeschlüsse, sondern klares ruhiges Handeln wie bisher. Von den Mitgliedschaften aller Orte verlangen wir gerade in dieser ersten Zeit volles Vertrauen zu den leitenden Körperschaften und die Aufrechterhaltung der sich auch bei uns immer bewährten Disziplin.“

Wenn wir so ausgerüstet mit dem Vertrauen der Mitglieder und dem eigenen Bewußtsein der Verantwortung für die Existenz der Kollegenschaft und ihrer Familien den neuen schwierigen Aufgaben entgegenreten,

Die Galvanoplastik.

Von Dr. Heinrich Wiesenthal.

Die Wirkungen des elektrischen Stromes teilen wir ganz allgemein in chemische, magnetische, physiologische, induzierende und Wärmereisp. Lichterscheinungen ein. Am bekanntesten sind wohl die letzteren, gibt es doch heute, abgesehen von ganz kleinen Dörfern, kaum noch einen Ort ohne Bogen- und Glühlampen; aber auch die chemischen Wirkungen sind aus dem Rahmen des wissenschaftlichen Interesses herausgetreten und in die Dienste von Industrie und Gewerbe gezogen, für die sie heute eine bedeutende Rolle spielen. Zeilen wir den elektrischen Strom durch Wasser, so wird dieses in seine beiden Hauptbestandteile, Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt und zwar derart, daß sich das Sauerstoffgas an der positiven Elektrode, d. h. an dem einen Ende des Stromzuführenden Leiters, auch Anode genannt, das Wasserstoffgas an der negativen Elektrode (Kathode genannt) entwickelt. Um den Versuch recht anschaulich zu machen, hängen wir an jede der Elektroden ein Platinblech, derart, daß jedes in einem mit Wasser gefüllten Zylinder steht, wo wir die sich entwickelnden Gase auffangen können. Erziehen wir nun das Wasser durch eine Metalllösung, so wird sich aus dieser das Metall in sein verteiltem Zustand auf der Kathode absetzen und zwar so absetzen, daß die Kathode oder an ihrer Stelle ein metallischer Gegenstand mit einer dünnen Schicht überzogen wird. Hängt man an die positive Elektrode, also dort, wo der Strom

wird es uns gelingen, erneut weitere Verbesserungen für die Kollegenschaft zu erringen, wobei die Leistungsfähigkeit und Entwicklung des Gewerbes nicht unbeachtet bleiben darf.

Darum fülle jeder seinen Platz aus und helfe mitarbeiten an den Aufgaben der nächsten Zeit. Sie verlangt ruhige besonnene Kräfte, die, unter Berücksichtigung der Eigenart jedes Ortes, niemals das Wohl der Allgemeinheit vergessen dürfen! Handeln wir so, ist uns der Erfolg gewiß.“

Mögen diese Worte ihren Eindruck auf alle unsere Kollegen und Kolleginnen nicht verfehlen. Mögen alle aus der bisherigen Entwicklung unserer Organisation die Erkenntnis schöpfen, daß nur in ihrer Größe und Geschlossenheit die Kraft liegt, das Lebensniveau der ungelerten graphischen Arbeiterschaft zu heben und sie einer besseren Zukunft entgegen zu führen. Daher werbt und agitiert unermüdetlich zu jeder Zeit und an allen Orten für unsere gute Sache, für unseren Verband. Es wird reicher Lohn die schwere Arbeit krönen!

Reichsversicherungs-Ordnung.

I.

Allgemeines über die Neuordnung.

In der Pfingstwoche hat der Reichstag die Reichsversicherungsordnung nebst Einführungs-gesetz erledigt und gleich darauf hat der Bundesrat den Gesetzentwürfen seine Zustimmung erteilt. Sowohl im Reichstage wie auch im Bundesrat ist diesmal mit einer jagenben Schnelligkeit gearbeitet worden, wie das sonst bei sozialpolitischen Gesetzentwürfen nicht üblich war. Die seit Jahren in Aussicht gestellte „Reform der Sozialgesetze“ und die den Witwen und Waisen seit 1902 versprochene „Hinterbliebenenversicherung“ hat mit einer schamlosen Entredung der Versicherten und mit einer großen Enttäuschung für die demnächstigen Witwen und Waisen geendet. Doch darüber hat sich die Majorität des Reichstages mit der größten Seelenruhe hinweggesetzt; ja die Herrschaften hielten es nicht einmal für angebracht, auf die immer wieder gestellten Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten überhaupt rechnerisch einzugehen. Nach Begründung durch unsere Genossen erfolgte einfach planmäßig die Ablehnung ihrer Anträge entweder durch die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien, oder doch durch die übergroße Mehrheit derselben (Konserverbände, Zentrum, Nationalliberale). Nicht genug damit, der schwarz-blau-nationalliberale Kompromißblock versuchte sogar, bis in die dritte Lesung hinein den Gesetzentwurf noch zu ver-

in die Flüssigkeit eintritt, eine Platte von demselben Metall, das gelöst ist (etwa Kupfer), so löst sich nach und nach von dieser Platte gerade so viel ab, wie viel sich an der anderen Seite, der Kathode, Metall niederschlägt. Vor mehr als 100 Jahren gelang es bereits Brignatelli, Silbergegenstände auf diese Weise mit einer Goldhaut zu überziehen und im Jahre 1838 machte Hermann Jacobi, der von Königsberg als Pfhyfiker nach Petersburg berufen wurde, die wichtige Entdeckung, daß unter besonderen Arbeitsbedingungen der feine, metallische Ueberzug abnehmbar sei und ein harscharfes Bild mit allen Einzelheiten des Originals darstelle. Galvanisierte man z. B. eine Münze, so zeigte der Abdruck ein genaues Negativ, also Erhöhungen des Originals waren in der Vertiefung als Vertiefungen vorhanden und umgekehrt. Nun gelang es aber nach dem Jacobischen Verfahren, nur auf metallischen Gegenständen Niederschläge zu erhalten, was natürlich die Verwendungsmöglichkeiten sehr beschränkte. Es bedeutete deshalb einen großen Fortschritt, als 1840 der Franzose Murray fand, daß man jeden beliebigen Stoff leitend machen, ihm also gewissermaßen metallische Eigenschaften erteilen könnte, wenn man ihn mit einer Graphitschicht überzog. Dieser Graphit, eine besondere Form des Kohlenstoffs, wird geschlemmt und von Sand oder in größeren Betrieben von Maschinen mit Hilfe seiner Bürsten aufgetragen. Damit war die genaue Nachbildung plastischer Kunstwerke, die Vertiefung von Holzschritten gegeben, Verfahren, welche die graphischen Gewerbe, vor allen

schlechtern. Zum Beweise dafür sei z. B. die Kürzung der Wöchnerinnenunterstützung um die Hälfte für die Mitglieder der Landtrankenkassen angeführt. Mit diesem Antrage wurde der Reichstag gewissermaßen überumpelt. Trotz hartnäckiger Gegenwehr unserer Genossen wurde er angenommen. Unter den von der Majorität abgelehnten Anträgen befand sich u. a. auch einer, der früher schon von Vertretern aller Parteien eingereicht worden war. Es betraf dieser die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre zum Bezuge der Altersrente. Dieser Antrag würde die 31 Versicherungsanstalten mit rund 29 Millionen Mark belasten. Auf jede Versicherungsanstalt entfielen im Durchschnitt noch nicht eine Million Mark. Die Regierung erklärte den Antrag für „unannehmbar“, ebenso einen freistimmigen Antrag des Abg. Pottstoff, die Herabsetzung der Altersgrenze — wenn zurzeit noch nicht angängig — vom 1. Januar 1917 an einzufügen. Dies geschäffige „Unannehmbar“ war für die Arbeiterfeinde die erwünschte und bestellte Rückenbedeckung — es bleibt also bei 70 Jahren!

Für die Arbeiterklasse ist es wichtig, eine Uebersicht über den nun geschaffenen gesetzlichen Zustand der Dinge im Zusammenhang zu bekommen. In drei Artikeln, die man sich aufbewahren möge, soll das hier geschehen.

Die Reichsversicherungsordnung regelt in sechs Büchern, die zu einem einheitlichen Gesetzesband zusammengefaßt sind, die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung usw., wofür bisher getrennte Gesetze vorlagen. Das erste Buch befaßt sich mit den

Gemeinsamen Vorschriften.

Hiernach kommen als Träger der Reichsversicherung in Betracht: Für die Krankenversicherung die Krankenkassen, für die Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften und für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versicherungsanstalten. Jeder Versicherungsträger hat einen Vorstand. Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist, wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist; ferner wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei dem Versicherungsträger versichert ist. Die Vertreter werden nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Gewählten verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Der

Buch- und Zeitungsdruck ganz wesentlich förderten. Zu Matrizen, das sind die vom Original gewonnenen Abdrücke, nahm man vorwiegend Gips oder Wachs, die aber mancherlei Mängel aufwiesen; erst als der schottische Arzt Montgomeri die Guttapercha, jene kautschukähnliche, außerordentlich bildsame Masse des gleichnamigen Baumes nach Europa brachte, war das ideale Matrizenmaterial gefunden und die Galvanoplastik wuchs zu einem selbständigen Gewerbe heran.

Die Herstellung eines Klischees oder Galvanos ist nun etwa folgende: Vom Original wird je nach Umständen ein Guttapercha-, Wachs- oder Bleiabdruck gefertigt, sorgfältig graphittiert, mit den Leitungsdrahten besetzt und ins Bad gehängt. Die Wäder, große mit Blei ausgefällene Holzkästen, enthalten die metallische Lösung, in diesem Fall schwefelsaures Kupfer und Schwefelsäure; die Konzentration der Flüssigkeit, d. h. ob sie viel oder wenig Metall gelöst enthält, ist für das Gelingen des Ueberzugs von Wichtigkeit. Die genaue Zusammenfassung der Wäder wird zu meist in den Betrieben ausprobiert und von ihnen geheim gehalten. An den positiven Elektroden hängen chemisch reine Kupferplatten, die bei großen Wädern bis an die 20 Kilogramm wiegen. Die Zusammenfassung der Wäder, sowie die Güte des anzufertigenden Klischees bestimmen die Zeit, in welcher die Matrize galvanisiert wird; durchschnittlich sind es nicht unter sechs Stunden. Dann unterbricht man den Strom, entfernt mittels heißer Wasserdämpfe die Matrizen von den

Versicherungsträger erstattet ihnen ihre baren Auslagen und gewährt den Vertretern der Versicherten Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst oder statt dessen einen Pauschbetrag für Zeitverlust. Werden von einem Gewählten Tatsachen bekannt, die seine Wählbarkeit oder seine Vertrauenswürdigkeit für die Geschäftsführung ausschließen, so hat ihn der Vorstand, wenn es sich jedoch um eine Krankentasse handelt, die Aufsichtsbehörde seines Amtes durch Beschluß zu entsetzen. Vor der Beschlußfassung ist ihm Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Gegen den Beschluß ist die Beschwerde beim Reichsversicherungsamt, wenn es sich jedoch um eine Krankentasse handelt, beim Oberversicherungsamt zulässig.

Die öffentlichen Behörden der Reichsversicherung sind: 1. die Versicherungsämter, 2. die Oberversicherungsämter, 3. das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter.

Bei jeder unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat, Landrat usw.) wird eine Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt) errichtet. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß für die Bezirke mehrerer unterer Verwaltungsbehörden ein gemeinsames Versicherungsamt errichtet wird. Das Versicherungsamt als selbständige Behörde zu errichten, hat der Reichstag abgelehnt. Dies ist um so bebauerlicher, als dem Versicherungsamt sehr wichtige Aufgaben zufallen. Zunächst ist es die erste Instanz für alle Streitigkeiten auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, dann gibt es als Aufsichtsbehörde für die Krankentassen, nimmt an den Unfalluntersuchungen teil, ihm steht bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Entscheidung über Anträge, Beschwerden usw. zu. Das Versicherungsamt besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren Stellvertretern und aus mindestens zwölf Vertretern der Versicherten und Unternehmer. Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankentassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. Wählbar ist nur, wer im Bezirke des Versicherungsamtes wohnt oder beschäftigt wird.

Die Oberversicherungsämter treten an Stelle der jetzigen Schiedsgerichte und werden in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde errichtet. Das Oberversicherungsamt besteht aus Mitgliedern und Beisitzern. Es hat außer dem Direktor mindestens noch ein Mitglied als dessen Stellvertreter. Die Beisitzer werden je zur Hälfte aus Unternehmern und Versicherten gewählt. Die Zahl der Beisitzer beträgt 40, sie kann von der obersten Verwaltungsbehörde erhöht oder vermindert werden. Die Beisitzer aus den Versicherten werden von den Versicherungsver-

tretern bei den Versicherungsämtern des Bezirkes des Oberversicherungsamtes gewählt.

Als dritte und letzte Instanz ist das Reichsversicherungsamt vorgesehen. An dessen Stelle tritt in Bayern, Sachsen, Württemberg, Großherzogtum Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und das Fürstentum Reuß älterer Linie das Landesversicherungsamt. Dem Reichsversicherungsamt gehören je zwölf Vertreter der Unternehmer und Versicherten als nicht-ständige Mitglieder an, den Landesversicherungsämtern je acht. Die Versicherten werden von den Versichertenbeisitzern der Oberversicherungsämter gewählt. Man hat also für alle diese Wahlen das komplizierte indirekte Wahlverfahren beibehalten. Neu ist nur, daß nach den Grundfragen der Verhältniswahl, aber auch nicht in allen Fällen, gewählt wird.

Im ersten Buche wird nun noch darauf hingewiesen, daß Leistungen, die nach der Reichsversicherungsordnung oder ergänzenden Landesgesetzen gewährt werden und die durch den Uebergang darauf erzielten Unterstüzungen keine öffentlichen Armenunterstützungen sind. Bisher hat man hier Vorschüsse auf Rente usw., die von Armendirektionen gewährt wurden, vielfach als Armenunterstützung angesehen.

Die ärztliche Behandlung wird durch approbierte Ärzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte geleistet. Sie umfaßt Hilfeleistungen anderer Personen, wie Wader, Hebammen, Heilbienen, Heilgehülsen, Krankenwärter, Masseure usw., sowie Zahntechniker nur dann, wenn der Arzt (Zahnarzt) sie anordnet oder wenn in dringenden Fällen kein approbierter Arzt (Zahnarzt) zugezogen werden kann. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, wie weit auch sonst Hilfspersonen innerhalb der staatlich anerkannten Befugnisse selbständige Hilfe leisten können. Ebenso wird von dieser Behörde bestimmt, wer als Zahntechniker anzusehen ist.

Der ortsbliche Tagelohn wird in Zukunft von dem Oberversicherungsamt, und zwar zunächst bis 31. Dezember 1914, dann immer auf 4 Jahre festgesetzt. Der Ortslohn wird für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahre besonders festgesetzt. Die Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können dabei in junge Leute von 14 Jahren an und Kinder unter 14 Jahren geschieden werden. Lehrlinge zählen zu den jungen Leuten. — Als Entgelt im Sinne dieses Gesetzes gehören neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Der Wert

man bei sauren Bädern Holz mit Weieinlage nimmt, da Schwefelsäure das Blei so gut wie gar nicht angreift. Auch hier haben natürlich die Fabriken ihre ausprobierten Rezepte, die sie geheim halten. Am meisten arbeitet die Galvanostegie mit Silber und zwar stellt sie die Wäder als Lösungen von Silbernitrat in Chancalcium her. Bei der Vernickelung, die gleichfalls viel zur Anwendung kommt, werden schwefelsaures Nickel, Chlorammonium, Bor- und Zitronensäure in Wasser gelöst. Der Rezepte für Vergoldung, Verkupferung, Vermessung, für Platinieren, Versäulen usw. gibt es eine ganze Menge. Hier wie bei der eigentlichen Galvanoplastik dienen zu kleinen Arbeiten galvanische Elemente, während größere Betriebe den Strom von Dynamomaschinen oder Akkumulatoren nehmen.

Daß Betriebe, die mit Schwefel- und Salpetersäure, mit dem giftigsten aller Salze, dem Chancalk, mit ätzenden Laugen und sonstigen schädlichen Substanzen arbeiten, die ihre Kraft von Akkumulatoren und großen Dynamomaschinen beziehen, die Gesundheit ihrer Arbeiter schwer gefährden, ist selbstverständlich. Die Gefahr, daß sich die Arbeiter durch Verspritzen der Säuren oder Laugen Verbrennungen zuziehen, daß sie in die Wäder hineinfassen, liegt sehr nahe. Um vor allem zu vermeiden, daß in die Wäder gefallene Gegenstände etwa mit den Fingern herausgeholt werden, müssen Zangen und Haken, die nur diesem Zweck dienen, vorhanden sein; Leute, die Wunden an Armen oder Händen haben, dürfen natürlich zur Bedienung der Wäder nicht

der Sachbezüge wird nach Ortspreisen berechnet, die das Versicherungsamt festsetzt.

Die Höhe des Lohnes ist für die Leistungen aus der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von großem Einfluß. Dringend notwendig ist deshalb, die vielfach noch sehr niedrigen Ortslöhne auch entsprechend zu erhöhen.

Ausere Wirtschaftspolitik und die Interessen der Industrie.

I.

Das Festhalten an der „bewährten“ Wirtschaftspolitik.

An der trostlosen Lage des arbeitenden Volkes ist die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik der besitzenden und herrschenden Klassen in hohem Grade mitschuldig. Die arbeitenden Klassen tragen nicht nur die Gefahren der Arbeit gegen einen larmen Lohn, der in keiner Weise eine menschenwürdige Existenz gewährleistet, ihnen werden zudem auch noch durch eine hinterhältige indirekte Steuerpolitik die notwendigsten Gebrauchs- und Lebensmittel verteuert. Die besitzenden Klassen haben ja in den gesetzgebenden Körperschaften das Heft in der Hand. Sie lösen die bei den Ausgabenden des Klassenstaates entstehende Deckungsfrage ganz einfach dadurch, indem sie die Lasten auf die „tragfähigen Schultern der breiten Massen des arbeitenden Volkes“ abwälzen. So brauchen sie doch nicht selbst die Hauptlast tragen, wie es ihnen zuläme, da sie ja den Hauptnutzen haben. Um aber die breiten Massen des Volkes nicht durch ein zu scharfes Anziehen der Steuerfchraube zu empören, besteuern sie die wichtigsten Gebrauchs- und Lebensmittel.

Dazu kommt noch die volksfeindliche Zollpolitik. Unter dem Vorgeben, die „nationale Arbeit“ zu schützen, schließen die besitzenden und herrschenden Klassen die Wareneinfuhr möglichst aus, damit ihnen der Inlandsmarkt erhalten bleibt. Mit anderen Worten: Sie wollen es in der Hauptsache sein, die „ihren nationalen Arbeitern“ den Arbeitslohn in irgend einer Form wieder abnehmen.

Daß die besitzenden und herrschenden Klassen an dieser volksfeindlichen Politik festzuhalten gewillt sind, darüber haben sie keinen Zweifel gelassen. Der jüngste Steuerraubzug auf die Taschen des Volkes hat ihren Willen bekräftigt, nach wie vor den Massenkonsum zu treffen und zu belasten. Die Angehörigen der arbeitenden Klassen können nicht die wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel erschaffen, ohne zugleich die so ungerechten und verteuernenden indirekten Steuern zu

zugelassen werden. Gummihandschuhe sind zweckmäßig, wenn sie sehr reinlich gehalten sind und vor wie nach jebezmäßigem Gebrauch innen und außen mit reinem Wasser abgspült werden. Den Nachteilen der aus Säuren und Laugen entstehenden Dämpfe ist weit schwerer aus dem Wege zu gehen. So weit als möglich soll zwar vermieden werden, in geschlossenen Räumen zu arbeiten, alle Manipulationen, bei denen sich reichlich Dämpfe entwickeln, sollen im Freien vorgenommen werden, aber diese Bestimmungen sind oft genug überhaupt nicht durchführbar, und es ist dann wenigstens erforderlich, daß die Arbeitsräume gut funktionierende Abzüge haben, welche die Dämpfe durch einen engen Schornstein mindestens einige Meter über die benachbarten Gebäude wegföhren. Die verschütteten Flüssigkeiten werden, ehe man sie abfließen läßt, mit Kalk oder Kaliumpermanganat entgiftet.

Beim Trocknen und Reinigen der metallisch überzogenen Gegenstände bildet sich ein Staub, für dessen Entfernung gleichfalls durch gute Abzugsvorrichtungen Sorge zu tragen ist. Wo gar Quecksilber benutzt wird, sind die Gefahren noch schwerer. Aber selbst, wenn es gelingen würde, die gesundheitlichen Nachteile zu beseitigen, wäre noch lange nicht alles getan, da die Unfallgefahren, die jeder mit elektrischen Maschinen arbeitende Betrieb zeitigt, auch hier vorhanden sind und ihre Vermeidung kräftige, kerngesunde und nächtliche Arbeiter fordert, sodaß schwächliche Leute oder Trinker den Anstrengungen keineswegs gewachsen sind.

Kupferüberzügen, verzinnt diese und hinterzieht sie mit einer Weieinlage; nach mancherlei anderen Manipulationen werden die Galvanos auf Holz montiert und sind dann im druckfertigen Zustand.

Zu unterscheiden von der Galvanoplastik ist die Galvanostegie, welche die Aufgabe hat, mit Hilfe des elektrischen Stromes gewisse Gegenstände mit einem metallischen Ueberzug und zwar einem solchen von Gold, Silber, Nickel, Platin usw. darat zu versehen, daß der Ueberzug fest haften bleibt; man verleiht dem Gegenstand dadurch nicht nur ein schöneres Aussehen, man erhöht auch seine Widerstandsfähigkeit und Dauer; so wird z. B. Stahl durch einen Nickelüberzug vor Rost geschützt. Bei der Galvanostegie muß vor allen Dingen die Oberfläche des betreffenden Gegenstandes gründlich gereinigt und besonders von anhaftenden Fettsäuren befreit werden. Man dekapiert (wie der Fachausdruck lautet) die zu überziehenden Gegenstände chemisch oder mechanisch, indem man sie mit Säuren behandelt (ab-brennen) oder durch Bürsten und Reiben von anhaftendem Schmutz befreit, und hängt sie dann, am besten an einen Metallstab, der mit der negativen Elektrode verbunden ist, ins Bad. Will man z. B. versilbern, so dient als positive Elektrode ein Silberblech und beim Durchfließen des Stromes überziehen sich die Gegenstände mit einer den Formen genau sich anpassenden Silberschicht, die desto stärker wird, je länger der Strom arbeitet. Die Gefäße für die Wäder bestehen aus emailliertem Gußeisen oder Steinzeug, während

entrichten. Bei einer progressiven direkten Einkommensteuer würden die bestehenden Klassen stärker herangezogen, — darum ihre Vorliebe für die indirekten Steuern. Darum war auch die Reichsfinanzreform nötig, die eine schwere Verteuerung und Belastung des Massenkonsums brachte.

„Die Reichsfinanzreform war nötig“, erklärte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 10. Dezember 1910 im Reichstag. „Die Aufbringung der Mittel war wichtiger als die Frage der Steuerarten.“ Das ist ja eine erfreuliche Offenherzigkeit. — Die Frage der Steuerarten war also nur Nebensache für die Regierung. Die Hauptsache war ihr die Bewilligung der geforderten Mittel durch die bürgerliche Mehrheit. Daß diese die bewilligten Mittel nicht selber aufbringen würde, das war wohl selbstverständlich und darum für den Reichskanzler nur nebensächlicher Natur.

Der Reichskanzler erklärte aber nicht nur die Notwendigkeit der Finanzreform, sondern gab im Verlauf seiner Rede die Erklärung ab: „Den Grundgedanken unserer bewährten Wirtschaftspolitik halte ich mit allem Nachdruck fest.“ Die stürmischen Beifallsbezeugungen von der Rechten lassen denn auch deutlich genug die Bedeutung der Kanzlerworte erkennen. Die Begünstigung der Agrarier durch die aufreizenden Lebensmittelpreise, durch die Kontingentierungs- oder Liebesgabenpolitik, durch einen übertriebenen und standlosen Seuchenschutz, diese ganze volksfeindliche und wucherische Politik soll mit allem Nachdruck festgehalten werden. Die Zoll- und Steuer-gesetzgebung soll auch weiterhin das Machtmittel der bestehenden und herrschenden Gewalten bilden, die eine weitere Vereinerung und Begünstigung des Besitzes auf Kosten des werktätigen Volkes gewährleisten. Das arbeitende Volk soll auch in Zukunft die von den Mehrheitsparteien der kapitalistischen Klassen veranlaßten und bewilligten Ausgaben für die volksfeindliche Wirtschaftspolitik bezahlen. Daß die Politik der herrschenden Gewalten schließlich dazu beitragen muß, die Gegensätze zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden mehr und mehr zu vertiefen und zu verschärfen, das muß von jedem Einsichtigen zugegeben werden.

Der Reichskanzler hat sich am 15. Februar d. J. vor den Jüngern abermals zur agrarischen Interessenpolitik bekannt. Beim feierlichen Mahle, das der Deutsche Landwirtschaftsrat veranstaltete, erwies er sich als ein wahrhaft konfervativer und agrarischer Kanzler. Er betonte die Notwendigkeit einer energischen Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Er betonte die Notwendigkeit eines kräftigen und nachhaltigen Seuchenschutzes, um alsdann weiter auszuführen: „Unsere Wirtschaftspolitik hat nicht nur den Schutz der nationalen Arbeit im Auge. Sie basiert zugleich auf dem Willen und der Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft, die Ernährung des Volkes vom Auslande immer unabhängiger zu gestalten. Dieser Wille muß zur Tat folgen, die Landwirtschaft muß sich den Schutz, den sie genießt, täglich von neuem verdienen.“

In derselben Rede hat der Reichskanzler aber zugeben müssen, „daß die Preise einzelner Fleischsorten im vorigen Jahre eine ungesunde Höhe erreicht hatten, die weite Schichten des Volkes in beklagenswerte Weise belasteten.“ Trotzdem ein nachhaltiger Seuchenschutz, trotzdem verschärfte Grenzperre; die deutsche Landwirtschaft wird schon die Fähigkeit und den Willen (!?) haben, die Ernährung des Volkes vom Auslande immer unabhängiger zu machen und die inländische Fleischproduktion zu steigern. Mit diesen und ähnlichen billigen Redensarten soll dem Volk über den Notstand hinweggeholfen werden. Damit soll sogar die Klust zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden überbrückt werden. Der Reichskanzler führte dazu aus: „Der Freiherr v. Soden konnte jedoch feststellen, daß es in Deutschland Gott sei Dank weder eine politische Main-Linie mehr gibt. (?) Aber an ihrer Stelle hat sich die andere Main-Linie zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden mehr und mehr vertieft. Die werden wir zwar nicht zuschütten, aber wir werden sie überbrücken können und müssen.“

Es ist außerordentlich wertvoll und wichtig, daß der erste Beamte des Reiches offen eingesteht, was die Arbeiterführer immer behauptet und vorausgesagt haben: Die Klust zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden wird klaffender und tiefer. Sie ist sogar so tief, daß sie sich bereits nicht mehr zuschütten läßt. Dabei ist es ganz belanglos, wenn von einer Ueberbrückung gesprochen wird. Im Gegenteil, so sicher es ist, daß die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik zum großen Teil Schuld an der Verschärfung der Klassengegensätze trägt, so sicher verschärfen sich die Gegensätze bei einem Festhalten an der „bewährten“ Wirtschaftspolitik.

Die gewerkschaftliche Internationale im Jahre 1909.

Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen C. Legien hat jenen den siebenten Bericht herausgegeben, der in einem stattlichen Band von 247 Seiten über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in den 20 angeschlossenen Ländern am Schlusse des Jahres 1909 Auskunft gibt. Leider haben auch diesmal wieder einige Landeszentralen sehr spät ihre Berichte eingefandt, woraus sich das späte Erscheinen des Berichtes erklärt. Obwohl alle angeschlossenen Länder berichteten, sind verschiedene statistische Angaben nicht ganz vollkommen, und einzelne Länder, darunter auch England, können genaue Angaben über die Zahl der Mitglieder nicht machen. Vollständige Zahlen zu liefern, sind nur jene Länder in der Lage, in denen eine strikte Zentralisation vorhanden ist. Gar kein Zahlenmaterial ist aus Rußland vorhanden, weil die Verfolgungsbewert der Regierung irgend welche Verbindungen der Arbeiter nicht zuläßt. Mit der Türkei und Argentinien besteht nur eine ganz lose Verbindung, bezuglich mit Australien, wo es an einer Zentralinstanz fehlt. Die Gewerkschaften der australischen Bundesstaaten haben aber in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Aus Rumänien ist zum ersten Male ein Bericht eingegangen.

Die Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder in den dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern sind folgende:

	1909	1908
Deutschland	2 447 578	2 382 401
England	—	2 406 746
Vereinigte Staaten	1 710 433	1 588 000
Frankreich	977 350	294 918
Italien	783 538	546 650
Oesterreich	455 401	482 279
Schweden	148 649	219 000
Niederlande	145 000	128 845
Belgien	138 928	147 058
Dänemark	121 295	120 850
Schweiz	112 613	113 800
Ungarn	85 266	102 054
Norwegen	44 223	48 157
Spanien	40 984	44 912
Finnland	24 928	24 009
Bulgarien	18 753	12 933
Rumänien	8 515	—
Bosnien-Herzegovina	4 470	3 997
Serbien	4 462	3 238
Kroatien	4 361	4 520

Für Frankreich sind die Zahlen für 1909 auf Grund des Berichtes des statistischen Amtes angegeben, der die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder umfaßt, während im Jahre 1908 nur die Mitgliederzahlen der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften mitgeteilt wurden, wodurch die Differenz von fast 700 000 erklärlich wird. Erheblich höher wie angegeben dürfte auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Ungarn, Serbien, Rumänien, Spanien und den Vereinigten Staaten sein, wo ebenfalls nur die Zahlen jener Gewerkschaften eingestuft wurden, die den Landeszentralen angehören. Für alle 20 im Internationalen Sekretariat vertretenen Länder gibt die Tabelle insgesamt 9 583 483 (1908: 8 669 483) Mitglieder an. Wird noch Australien und Argentinien hinzugezählt, so ergibt sich für 1909 eine Gesamtziffer von 9 845 243 gegen

9 308 157 im Jahre 1908. Da die Gewerkschaften in den meisten Ländern in der Zwischenzeit von 1 ½ Jahren an Mitgliedern bedeutend zugenommen haben, dürfte zurzeit die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aller Kulturländer auf zehn Millionen zu schätzen sein.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften berichteten 15 Länder mit 6 692 283 Mitgliedern gegen 14 Länder mit 5 000 326 Mitgliedern im Vorjahre. Es betragen die

	1909	1908
Einnahmen	132 253 228 Mf.	126 387 013 Mf.
Ausgaben	117 639 115 Mf.	109 991 690 Mf.
Kassenbestand	182 936 115 Mf.	175 909 670 Mf.
Von den Ausgaben entfallen auf		
Unterstützungen	1909	1908
Arbeitslosen	22 193 888 Mf.	21 438 741 Mf.
Reise	1 414 136 Mf.	1 491 279 Mf.
Kranken	20 844 473 Mf.	20 073 015 Mf.
Invaliden	7 379 120 Mf.	7 464 619 Mf.
Sterbegeld	3 566 075 Mf.	3 327 875 Mf.
Sonstige	2 312 130 Mf.	2 784 211 Mf.
In Summa	57 709 822 Mf.	56 579 740 Mf.

Für Streiks und Ausperrungen wurden 1909 in 14 Ländern 26 627 902 Mf., 1908 in 11 Ländern 15 727 870 Mf. ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Ausperrungen weist Deutschland mit 8 616 366 Mf. (1908: 6 814 994 Mf.) auf; dann folgt Schweden mit 5 128 280 Mf. (1908: 3 208 035 Mf.), England mit 2 667 260 Mf. (1908: 2 667 260 Mf.) und Oesterreich mit 1 873 938 Mf. (1908: 1 212 102 Mf.).

Es ist nicht möglich, im Rahmen einer kurzen Besprechung auf das Wirken der Gewerkschaften aller Länder, wie es sich in dem Bericht widerspiegelt, einzugehen. Jedenfalls ist das Fortschreiten der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein unaufhaltsames und keiner Macht wird es mehr gelingen, sie zum Stillstand zu bringen und ihren endlichen Sieg zu verhindern.

Versammlungskalender.

Freiburg i. Br. Monats-Versammlung jeden ersten Montag im Monat abends 1/2 7 Uhr. (Lokal wird den Vertrauensleuten mitgeteilt.)
Halle a. S. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 17. Juni 1911, abends 8 Uhr, im „Engl. Hof Groß-Berlin“. Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Adressenveränderungen.

Freiburg i. Br.
Vor s i e n d e r: Wilhelm Hörburger, Hauptstraße 4.

Abrechnungen.

Das erste Quartal abgerechnet hat in dieser Woche:
Gotha 23,25 Mf.

Trotz wiederholter Mahnungen hat die Zahlstelle Heidelberg das erste Quartal bis jetzt noch nicht abgerechnet. Wir fordern hiermit den Kassierer zum letzten Male auf, die Abrechnung unverzüglich einzufenden.
H. Lohahl.

Am 7. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied

August Günther

im Alter von 72 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Mitgliedschaft Hamburg.

Am 7. Juni verstarb plötzlich unser langjähriger Mitarbeiter und Kollege

August Günther

im Alter von 72 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitarbeiter und Arbeiterinnen der Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co., Hamburg.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 24.

Berlin, den 17. Juni 1911.

17. Jahrgang.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

III.

Die Finanzgebarung der Gewerkschaftskartelle.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge der Gewerkschaften, die in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen erhoben 647 einen solchen Beitrag.

Darunter befinden sich 109, die getrennte Beitragsleistung für das Kartell und das Sekretariat bezw. die Auskunftsstelle haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Jahresbeitragsfuß bis höchstens 20 Pf. beträgt 70 gleich 10,7 Proz. Einen Beitrag von 21 bis 40 Pf. erheben 218 Kartelle gleich 33,2 Proz. 252 Kartelle gleich 38,4 Proz. erheben einen Beitrag von 41 bis 100 Pf. Bei 98 Kartellen gleich 14,9 Proz. bewegt sich der Beitrag zwischen 101 bis 200 Pf. und bei 9 Kartellen gleich 1,4 Proz. geht die Beitragsleistung über 2 M. hinaus.

Seit dem Jahre 1909 hat sich die Beitragsleistung wiederum, wenn auch nicht so erheblich als in den Vorjahren, nach aufwärts bewegt. Die Erhebung zu hoher Kartellbeiträge liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften. Die Lokalkassen der Zweigvereine werden dadurch so stark belastet, daß für die Erfüllung anderer organisatorischer Aufgaben nicht genügend Mittel verbleiben. Legt man aber den Mitgliedern zu hohe Extrabeiträge auf, so wird dadurch der Ausbruch der Gewerkschaften abgebrochen. Man sollte es sich daher in den Kartellen reichlich überlegen, bevor man zur Schaffung von kostspieligen Einrichtungen übergeht, die eine starke finanzielle Belastung der Gewerkschaften mit sich bringen.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 648 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 733 614 M., an Streikversammlungen 660 217 M. und an sonstigen Einnahmen aus den Ueberschüssen von Veranlassungen und Unternehmungen usw. 393 534 M. Die Gesamteinnahme betrug 1 787 365 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1 701 602 M. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilt: Agitation 104 205 M., Arbeitervertreterwahlen 34 967 M., statistische Erhebungen 4427 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 98 950 M., Kartellherbergen und Arbeitsnachweise 26 534 M., Sekretariate und Auskunftsstellen 222 519 M., Bibliotheken und Lesezimmer 74 708 M., Streiks 669 607 M. (davon aus den Kartellkassen 23 447 M.), Verwaltungskosten, sächliche und persönliche, 181 737 M., sonstige Ausgaben 283 948 M. Unter den Ausgabe-posten für Verwaltung sind vielfach auch Kosten für Auskunfterteilung und Sekretariate verrechnet worden; in welcher Höhe läßt sich aus den Rassenberichten nicht feststellen.

Die Rassenbestände der 648 Kartelle betragen insgesamt am Schlusse des Jahres 1909 505 937 M. und am Schlusse des Jahres 1910 591 700 M. Es ist demnach eine Vermehrung der Rassenbestände von 85 763 M. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1910 gegenüber dem Jahre 1909 eine Vermehrung der Einnahmen von 150 519 M. und eine Erhöhung der Ausgaben von 86 582 M. Die Ausgaben haben sich unter anderem erhöht bei den Posten: Agitation um 12 490 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle um 29 617 M., Bibliotheken und Lesezimmer um 16 715 M. und bei der Unterstützung der Streiks aus den Kartellkassen um 1629 M.

Veranlaßt durch den Aufruf der Generalkommission fanden im Jahre 1910 umfangreiche Sammlungen statt zur Unterstützung der Ausgesperrten im Baugewerbe. Von 389 Kartellen

wurden insgesamt 660 217 M. durch Sammlungen aufgebracht, außerdem wurden von 158 Kartellen 23 447 M. an Unterstützung aus den Kartellkassen geleistet. Von der Streikunterstützung wurden 42 319 M. am Orte verandt und 627 288 M. der Generalkommission überwiesen. Ein Teil der Kartelle hat jedoch die Sammlungen nicht im Rassenbericht aufgenommen, da die Summen lediglich Durchgangsposten darstellen. Es ergibt sich das daraus, daß die Generalkommission über die Summe von 791 877 M. als von den Kartellen eingegangen quittierte. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft hat durch diese Ausbringung von finanziellen Mitteln wiederum einen schönen Beweis ihrer Solidarität erbracht.

Die Jahresstatistiken der Generalkommission haben ungewisselhaft auf die Entwicklung der Kartelle einen äußerst günstigen Einfluß ausgeübt. Sie gaben uns nicht nur seit zehn Jahren eine fortlaufende, lehrreiche Uebersicht über einen wichtigen Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sondern sie dienten auch den Kartellen als Richtschnur zur Erfassung und Erfüllung ihrer Aufgaben.

Mögen die Kartelle der Gewerkschaften auch fernerhin in dem gleichen Geiste ihre fruchtbringende Tätigkeit entfalten zum Wohle der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft.

Die deutsche Druckbilder-Ausfuhr von 1884 bis 1910.*)

Es ist etwas gewaltiges, diese große wirtschaftliche Produktionsmaschine, in der der Einzelne nur ein kleines winziges Rädchen und doch unentbehrlich ist. Der „ungelernte“ Arbeiter hat für sich noch am ehesten das Gefühl der Ueberflüssigkeit, der Nichtnotwendigkeit im wirtschaftlichen Leben. Er ist ja nur zur „nebensächlichen Hilfe“, zu „ungelehrter“ Arbeit da. Im täglichen Kleintrieb, in der Not und Sorge um die Pfennige und Minuten können solche Gedanken wohl kommen. Der Blick auf's Ganze, auf die Einheit, in die sich der Einzelne einzufügen hat, von welcher er ein Teil ist, zeigt aber auch hier, wie absolut notwendig und welche außerordentlich wichtige Funktion er zu erfüllen hat.

Wo ist die Arbeit des ungelerten Arbeiters verzeichnet? Wo stehen die Gesamtsummen seiner Mitleistung im wirtschaftlichen Leben? So schwer die Frage beantwortbar erscheint, so leicht ist sie in Wirklichkeit gegeben. Seht doch die Zahlen, die Größen der Warenherstellung eines bestimmten Produktes an, und es läßt sich daran leicht erkennen, zu wieviel da die wichtige Arbeit des „ungelernten“ Proletariats notwendig war. Schon vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Großproduktion der sogenannte ungelerte Arbeiter immer wichtiger und stets unentbehrlicher wird. Die Maschine zerlegt die Warenherstellung in einzelne Phasen in eine Reihe von Momenten, welche der gelernte Arbeiter früher alle zu beherrschen verstehen mußte. Zu der Denkleistung der Einzelstufe im Produktionsprozesse ist so nicht mehr eine vier Jahre lange Schulung nötig. Klare Auffassung und Sicherheit in der Konzentrierung des eigentlichen Arbeitsapparates ist notwendig. Der „ungelernte“ Arbeiter von gestern wird stets mehr der Typ des modernen Arbeiters von heute.

Wo steckt in der graphischen Industrie die Arbeitsleistung des Hilfsarbeiters? So lächerlich es klingt, zumal in einem Jahrhundert, das die unglaublichsten und die schwierigsten statistischen Feststellungen durchgeführt hat, wieviel das Volk, die Allgemeinheit arbeitet, hat noch niemand und

am allertwenigsten die Regierung, welche zuerst dazu in der Lage wäre, versucht festzustellen. Nur zu einem Teile erscheint die Arbeit des Einzelnen erfasst, und zwar soweit Deutschland Waren nach dem Auslande liefert. Die Warenausfuhrfeststellung ist noch lange keine Produktionsstatistik, sie ist aber wenigstens ein teilweiser Ersatz dafür. Das graphische Gewerbe ist schon seit seinem Bestehen ein Gewerbe gewesen, dessen Produkte nicht bloß innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle gesucht wurde. Die Buchdruckerkunst als deutsche Erfindung verstand sich durch ihre Kulturwerte naturgemäß recht bald nach der ganzen Welt hin Bahn zu schaffen. Aber auch die deutsche Kunst Senefelder ist rasch für alle kulturell fortgeschrittenen Länder zum notwendigen Gebrauchswert geworden.

Genau, oder wenigstens leidlich genau läßt sich die Ausfuhrmenge und der Wert der graphischen Produkte für das neue deutsche Reich erst seit 1884 verfolgen. Es fehlt zumal im ersten Jahrzehnt der deutschen Ausfuhrstatistik noch manches an Genauigkeit und Exaktheit. Zumal die Bestimmungsänder der Ware werden lange Zeit unvollständig festgestellt. Ueber die Zollausflüsse Hamburg, Bremen usw. wandern tausende von Kilogramm deutsche Waren nach dem Auslande, ohne daß festgestellt wird, nach welchem Lande. Erst seit 1906 haben wir nach dieser Hinsicht eine exakte Kontrollierung der Warenausfuhr. Für uns genügt dies hier, es kommt nicht darauf an, festzustellen, wo jedes einzelne Kilogramm deutscher graphischer Produkte hingelommen ist, das Wichtigere ist, an der Hand der Statistik lesen zu können, wie die Mitleistung des ungelerten Arbeiters immer wichtiger wird, immer mehr in alle Lande hinausstrahlt. Dem graphischen Hilfsarbeiter kommt die deutsche Ausfuhrstatistik da mehr entgegen als man eigentlich annehmen müßte. Es ist ein Mangel, der sich hier zum Vorteil umwandelt. Von 1884 bis 1905 erscheint — auch in der großen Reichsstatistik — die Ausfuhr von Farbendruckbildern, ganz gleich, ob sie Steindruck, Buchdruck oder Metalldruck irgend welcher Art sind, in einer Sammelrubrik. Die weiter unten folgende Tabelle ist ebenfalls so zusammengesetzt. Um zu kontrollieren, wie der Wert dieser Ausfuhr sich geändert hat, stellen wir an die Spitze jeder Jahresausfuhr die Schätzungswertziffer für die in diesem Zeitraum exportierte Ware. Der Geldwert der deutschen Warenaus- und Einfuhr wird so festgestellt, daß alle Jahre im Februar oder März durch die Regierung eine große Anzahl von Sachverständigen zusammenberufen werden. In den einzelnen Kommissionen werden dann für Ein- und Ausfuhr getrennt, durch genaue Feststellungen Einheitswerte pro 100 Kilogramm jeder Ware festgestellt. Wir haben es also bei den Geldwerten der Warenausfuhr und Einfuhr nicht mit wirklichen Einnahmen und Ausgaben, sondern mit Schätzungen zu tun. Von der Genauigkeit dieser hängt es ab, wie weit das Bild richtig getroffen ist.

Um einen allzugroßen Umfang der Tabelle zu vermeiden, mußten Duzende von solchen Ländern, die mehr oder weniger kleine Mengen von Farbendruckbildern der oben bezeichneten Art seit 1884 hin und wieder oder regelmäßig erhalten haben, weggelassen. Mit ganz wenig Ausnahmen ist 50 000 Kilogramm als die geringste Menge, die verzeichnet wurde, angenommen. Alle andere Ausfuhr, die im Einzelposten des Jahres geringer ist, erscheint nur in den Gesamtziffern. Ueber den Begriff „Spezialhandel“ und alles hier nicht besonders erwähnte finden sich die näheren Erklärungen in den kürzlich erschienenen Artikeln: „Drei Jahrzehnte deutscher Bucherausfuhr“. Betrachten wir nun einmal die umfassende Zusammenstellung selbst.

*) Nachdruck nur mit Erlaubnis gestattet.

Der deutsche Spezialaußenhandel in Farbendruckbildern (Buch-, Stein- und Metalldruck) von 1884 bis 1905 in Einheiten von 1000 Kilogramm.

Rahmenderjahr:	1905	1904	1903	1902	1901	1900	1899	1898	1897	1896	1895	1894	1893	1892	1891	1890	1889	1888	1887	1886	1885	1884
Schätzungswert pro 100 Kilogramm in Mark:	950	950	815	1500	1500	1150	1150	1150	1100	1100	1100	1100	1100	1000	1000	1000	950	1000	1000	1000	1000	1000
Belgien	367	369	362	287	212	283	171	172	176	114	160	180	121	115	105	91	70	82	81	71	63	75
Dänemark	11	77	98	87	73	71	64	66	59	59	58	47	46	35	31	—	—	—	—	—	—	23
Frankreich	350	440	402	476	400	508	310	254	235	196	173	143	96	378	564	397	381	303	279	254	235	266
Großbritannien	2673	2700	2559	2400	2083	2114	1887	1945	1765	1600	1468	1677	1463	1271	1568	1624	1360	519	551	447	627	580
Italien	176	178	163	174	142	150	126	83	108	107	95	95	115	97	103	106	86	82	109	87	87	66
Niederlande	341	312	301	272	291	252	261	259	295	188	141	117	122	115	114	102	76	99	76	72	76	61
Oesterreich-Ungarn	940	944	790	758	705	800	749	693	643	607	546	455	366	336	282	271	256	268	288	265	300	273
Rußland	234	296	337	265	258	268	294	235	178	190	174	124	80	59	63	65	69	52	35	192	145	131
Schweden	137	120	114	137	121	106	94	93	89	65	72	53	40	41	49	51	—	—	30	57	26	26
Schweiz	225	196	188	186	177	172	167	168	146	157	146	135	140	112	87	87	83	64	60	54	55	49
Spanien	106	117	140	120	99	102	85	45	65	67	64	59	57	81	82	71	63	38	40	32	25	—
Argentinien	211	195	112	66	64	—	—	—	—	—	14	—	8	9	2	—	50	32	—	—	—	—
Brazillen	101	70	64	57	51	54	55	53	52	62	68	—	42	35	43	40	—	—	—	—	—	—
Kanada	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	11	20	—	—	—	—	—	—
Mexiko	63	67	62	52	55	49	—	—	—	—	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vereinigte Staaten von Amerika	1852	1622	1297	1130	996	846	764	649	749	849	772	725	1015	914	693	714	653	144	50	57	50	101
Austral. Bund	—	—	35	38	30	—	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	8365	8197	7429	6810	5992	6105	5408	5042	4806	4568	4202	4026	3933	3810	4057	3914	3494	2778	2720	2312	2291	2105

Es sind 17 Länder, nach denen die deutsche Ausfuhr an im Deutschen Reich hergestellten Farbendruckern pro Jahr mindestens 1000 Kilogramm betragen hat. Wie wir schon einmal sagten: die Gesamtausfuhr dieses Produktes geht nach mehreren Dutzenden von Ländern der Erde, die ganze bunte Landkarte unserer Jugendträume erscheint in den Bestimmungsgebieten der deutschen Ausfuhrstatistik wieder. Für uns ist es natürlich am wichtigsten, die großen Absatzgebiete des Farbendruckes kennen zu lernen.

An erster Stelle steht Großbritannien. Schon 1884 überragte die Ausfuhr nach diesem Nachbarreich alle anderen Länder, auch 1905 ist es noch so, bald 2,3 Millionen Kilogramm Farbendrucke jeder Art gingen in dem Jahre nach England und Schottland. In der aufsteigenden Exportziffer nach dort finden wir die Schwankungen, welche Aenderungen der Konjunktur darstellen. Ueber diese Zusammenhänge ist schon in dem vorerwähnten Artikel: „Drei Jahrzehnte deutscher Bücherausfuhr“ das zu Beachtende gesagt worden, wir verzichten deshalb hier auf die Wiederholung.

Das überseeische Exportgebiet ist durch die Vereinigten Staaten von Amerika am stärksten vertreten. Hier ist das Bedürfnis an deutschen Farbendruckern sprunghaft gestiegen, 1884 sah es noch nicht so aus, als wenn die Union zum so starken Absatzgebiete deutscher graphischer Produkte werden wollte. Erst nach 1900 setzte die riesig stark ansteigende Exportierung solcher Waren nach dort ein. Bekanntlich ist es, seitdem der neue Payne-Abzichtarif die Zollmauern der Vereinigten Staaten gerade für die graphischen Produkte scharf erhöht hat, da etwas anders geworden.

Oesterreich-Ungarn gehört ebenfalls zu den alten und großen Absatzgebieten des Farbendruckes. Frankreich zeigt nicht nur einen starken Wechsel seiner Bedürfnisse in diesem Produkt, sondern auch ein geringes Wachstum und für die letztvergangenen Jahre der obigen Statistik sogar einen deutlichen Rückgang. Belgien, die Niederlande, die Schweiz, dann auch Schweden und Rußland gehören zu den Nachbarländern, die einen beachtlichen Import von deutschen Farbendruckern haben. Argentinien, Brazillen, Mexiko und Kanada sind neue überseeische Absatzgebiete, die noch eine große Zukunft versprechen können, wenn die deutsche Handelsvertragspolitik uns nicht etliche kräftige Striche durch die Rechnung macht. Zu den Ausfuhrländern dieses Kapitels gehört auch Japan usw., das in der vorstehenden Tabelle nicht aufgenommen wurde.

Die Gesamtziffern der deutschen Ausfuhr zeigen seit 1884 eine ständige Steigerung. Beachtlich ist dabei, daß sie durchaus nicht mit einem hinaufklettern der Preise parallel laufen, sondern von einer Verbilligung des Produktwertes begleitet sind. Besonders interessant ist in der Preisgestaltung die Zeit von 1900 bis 1904. Um die Jahrhundertwende gab es eine außerordentlich rentable Periode im deutschen Farbendruckgewerbe, sie wurde dann durch die scharfe Krise abgelöst.

Die Periode von 1906 bis 1910, die eine Spezialisierung im statistischen Erfassen des Farbendruckes zur Grundlage hat, zeigt die folgende Tabelle.

Der deutsche Spezialaußenhandel in Farbendruckbildern von 1906 (gehört Monate) bis 1910 in 1000 Kilogramm.

Rahmenderjahr:	1910	1909	1908	1907	1906 (März bis Dezbr.)
Schätzungswert pro 100 Kilogr. in Mk.:	?	274	274	276	288
Belgien	175	204	204	197	194
Dänemark	?	29	27	31	24
Frankreich	193	203	306	398	231
Großbritannien	1994	2170	2261	2277	1677
Italien	134	184	181	126	90
Niederlande	167	165	191	173	126
Oest.-Ungarn	800	291	299	334	274
Rußland	203	176	170	168	99
Schweden	?	89	50	51	49
Schweiz	100	113	142	112	105
Spanien	99	108	127	109	96
Argentinien	131	109	153	115	146
Brazillen	?	23	34	34	50
Kanada	?	55	70	72	50
Mexiko	?	20	25	84	34
Ver. Staaten von Amerika	1710	2004	2147	2387	1662
Austral. Bund	?	41	37	—	—
Insgesamt	5683	6089	6607	7231	10392

Fallende Werte, sinkende Ausfuhrziffer, das ist seit 1906 das Charakteristische an dem Export des Farbendruckes. Inwieweit wir es hier nur mit Konjunkturschwankungen allein, oder auch mehr oder weniger stark mit eigentlichen Verbrauchsänderungen zu tun haben, läßt sich völlig klar heute noch nicht entscheiden. So viel ist gewiß, daß die allgemeine Belastungssteigerung, welche das graphische Produkt in nahezu allen Zolltarifen seiner Exportländer durchmachen muß, zum Schaden seines Absatzquantums geht. Das ist ja selbstverständlich. Es ist aber nicht damit getan, daß nur die deutsche Schutzollpolitik dafür verantwortliche gemacht wird. Das Problem der Grenzsperrung für Auslandsprodukte liegt nicht allein hier verankert.

Im ganzen genommen zeigen die beiden Tabellen recht klar und deutlich, daß die Arbeit des graphischen Gewerbes, von der ein ganz Teil durch Hilfsarbeiter verrichtet wird, auf der ganzen kultivierten Welt Verbrauchswert ist. Das Riesengebiet des Weltmarktes und der Weltbedürfnisse hat seine Produktionsgrundlage auch in dem „ungelehrten“ Arbeiter. Ohne ihn wäre heute diese Warenherstellung unmöglich, er ist notwendig, stellt gesellschaftlichen Wert dar. Die Konsequenz dieser Erkenntnis ist aber auch nach der Pflichtseite hin zu beachten. Wenn der Hilfsarbeiter gebraucht wird, und zwar als gleichberechtigter Produktionsfaktor, dann muß er sich auch gleichberechtigt fühlen und stellen.

Zum anderen und letzten ist die internationale Bindung durch Produktion und Konsumtion, hier für das graphische Gewerbe allein betrachtet, das

beste Argument der unbedingten Notwendigkeit und Wichtigkeit des Böhlerfriedens!

Kurt Heinig-Berlin.

Eingegangene Druckschriften.

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Von Karl Lautsck. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 25 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68.

Zur Charakterisierung des Inhalts geben wir folgende Titelüberschriften: 1. Laßalleaner — Eisenacher. — 2. Die Taktik der deutschen Sozialdemokratie. — 3. Versuche, unsere Taktik zu ändern. — 4. Partei und Gewerkschaft. a) Die Generalkommission. b) Lokalkomitee und Zentralkomitee. c) Die gewerkschaftliche Neutralität. d) Maifester und Massenstreik.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Speiditeure.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfaß für Lehrende und Lernende. II. Teil. Von Franz Mehring. Preis 1,25 Mk. Beide Teile im Leinenband 2,50 Mk.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Speiditeure.

Das kommunale Wahlrecht. Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann. Zweite ergänzte Auflage. Berlin 1911. Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 40 Pf.

Von dieser Schrift, die das erste Heft der unter dem Sammeltitel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erscheinenden kommunalpolitischen Abhandlungen bildet, ist eine neue Auflage erschienen, die durch die inzwischen veränderten Gesetze bedingten Aenderungen berücksichtigt und auf die wichtigsten oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidungen der letzten Jahre Bezug nimmt. Das Heft behandelt — abgesehen von einem allgemeinen Ueberblick über die grundlegenden Bestimmungen der kommunalen Wahlgesetze — den Rechtszustand in den einzelnen Bundesstaaten. Es belehrt die Leser nicht nur über das bestehende Recht, sondern ermöglicht auch Vergleiche zwischen den Verhältnissen in den Einzelstaaten, die in agitatorischer Beziehung recht wertvoll sind. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen. Von Dr. E. Rosenfeld. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, soeben ein Führer, der in allen einschlägigen Fragen ein guter Ratgeber sein dürfte. Bei der Verworfenheit der in Frage kommenden Gesetzgebung wird er manche Unklarheit beseitigen und dadurch gute Dienste leisten.

Der Inhalt ist folgender: Einleitung. — Evangelisches Kirchensteuerrecht. — Die Steuerpflicht. — Beginn und Endigung der Steuerpflicht. — Grundsätze der Steuererhebung. — Steuerpflicht in gemischten Ehen. — Rechtsmittel gegen die Veranlagung. — Nachforderung von Kirchensteuern. — Verjährung. — Zwanagsvollstreckung. — Anwendbarkeit der Gesetz. — Strafbestimmungen. — Katholisches Kirchensteuerrecht. — Der Austritt aus der Kirche. — Alphabetisches Sachregister.

Der billige Preis von 20 Pf. macht die Anschaffung jedem Arbeiter möglich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Speiditeure und Kolportiere.